

Betreff:

Haushalt 2018 / Investitionsprogramm 2017 bis 2021

Organisationseinheit:

DEZERNAT VI - Wirtschaftsdezernat

Datum:

30.11.2017

Beratungsfolge

Wirtschaftsausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

01.12.2017

Status

Ö

Beschluss:

Zum Haushalt 2018 und dem Investitionsprogramm 2017 – 2021 inklusive der Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte werden die in der Anlage aufgeführten Beschlüsse gefasst. Die anliegenden Listen sind Bestandteil des Beschlusses. Unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse werden der Haushalt 2018, das Investitionsprogramm 2017 – 2021 dem Verwaltungsausschuss und dem Rat zur Annahme empfohlen.

Sachverhalt:

Die bis zum Versand der Beratungsunterlagen für den Wirtschaftsausschuss ausgezeichneten Haushaltsanfragen bzw. –anträge wurden mit Vorlage DS 17-05921 am 24. November 2017 versendet.

Die zwischenzeitlich eingegangen bzw. zur Beratung im Wirtschaftsausschuss am 1. Dezember 2017 vorgesehenen Anträge sind als Anlage 1 a und 1 b beigelegt bzw. in der Anlage 2 zur Vorlage aktualisiert und kursiv dargestellt worden. Der Beschlusstext bleibt unverändert.

Leppa

Anlage/n:

- Anlage 1 a: finanzunwirksamer Antrag zum Haushalt 2018 „FU 51 – Nachhaltige Stadtentwicklung und Haushaltspolitik“
- Anlage 1 b: finanzunwirksamer Antrag zum Haushalt 2018 „FU 168 - Aktives Baustellenmarketing“
- Anlage 2 aktualisiert: Ergebnishaushalt - finanzwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

- FU 051 -

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle Ref. 0200.11

Produkt

diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018
ZUM FINANZ- UND PERSONALAUSSCHUSS

Überschrift

Nachhaltige Stadtentwicklung und Haushaltspolitik

Beschlussvorschlag

Die Bemühungen um den effektiven und sparsamen Einsatz von Haushaltsmitteln sollen sich zukünftig enger an den Aufgaben und Zielen der Stadtentwicklung orientieren. Das in den letzten Jahren praktizierte Einsparprogramm zur Verringerung eines angenommenen strukturellen Defizits nach der sog. „Rasenmähermethode“ wird deshalb letztmalig im Jahr 2018 umgesetzt und in den Folgejahren nicht weitergeführt.

Bei der Haushaltsaufstellung und der damit verbundenen Steuerung der Mittelverwendung wird zukünftig verstärkt von wirkungsorientierten inhaltlichen Zielplanungen ausgegangen, die die Grundlagen für die Feststellung des notwendigen und effektiven Ressourceneinsatzes darstellen. Dazu gehört auch die fortlaufende Überprüfung der Zielerreichung in allen wichtigen kommunalen Handlungsfeldern.

In diesem Zusammenhang sind auch Untersuchungen von Organisationsstrukturen und Abläufen innerhalb der Verwaltung ggf. sinnvoll, wenn diese ergebnisoffen durchgeführt und extern begleitet werden. Dabei muss in jedem Einzelfall Aufwand und Nutzen gegeneinander abgewogen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat entsprechende Vorschläge zu machen.

Begründung

2016 beauftragte der Rat die Stadtverwaltung damit, unter der Überschrift „Gewerbesteuerglättung“ einen Vorschlag für die zukünftigen Haushaltspläne zu machen, um einem sich abzeichnenden strukturellen Defizit zu begegnen. Daraus ergaben sich im Haushalt 2017 und im Haushaltsentwurf 2018 über alle Fachbereiche hinweg pauschale Einsparungen nach der „Rasenmähermethode“. Diese unreflektierten und nicht an den tatsächlichen Erfordernissen orientierten Einsparungen zeigten zum Teil fatale Auswirkungen, wie u.a. bei der Streichung einer dritten Praxisklasse deutlich wurde. Dauerhaft dürfte sie auf keine Akzeptanz treffen.

Ganz abgesehen davon, dass die vorgeschlagene Höhe der Kürzungen keinesfalls die Unsicherheit der Einnahmeschwankungen und eine Unterfinanzierung in schlechten Zeiten auffangen kann, darf Sparen nicht zum alleinigen Selbstzweck werden.

Wir sehen derzeit keine Ansätze für ein chronisches Defizit, das die Finanzfähigkeit der Stadt im Planungszeitraum gefährdet. Trotzdem müssen bei jeder Entscheidung auch die Fragen nach der Finanzierbarkeit, dem effektiven Einsatz von Geld- und Personalmitteln und einer guten Organisationsstruktur gestellt werden. Dies sollte allerdings immer im Zusammenhang

mit den Zielen der künftigen Stadtentwicklung erfolgen.

Reine Einsparvorgaben oder Begrenzungen von Ausgabenhöhen ohne als Ausgangspunkt die notwendigen Leistungen für alle Einwohner/innen und die Ziele für die Stadtgesellschaft festzulegen, führen langfristig sogar zu höheren Ausgaben, weil wesentliche Entwicklungen verpasst werden können.

Zusammengefasst sollte gute Haushaltspolitik sich von folgender Frage leiten lassen: Machen wir das Richtige und machen wir es richtig, auch unter dem Gesichtspunkt begrenzter Ressourcen?

Insofern sollte die Ressourcensteuerung in Zukunft auf folgenden Grundsätzen aufbauen:

1. Die ständige Frage nach den zugrundeliegenden Zielen und der Effektivität der Umsetzung (Zielmanagement). Dazu sollten neben dem ISEK für einzelne Bereiche eigene Entwicklungs- und Umsetzungspläne aufgestellt werden, die auch konkret mit Zahlen hinterlegt sind.
2. Die fortlaufende Überprüfung, ob und wie die festgelegten Ziele erreicht wurden.
3. Die Überprüfung von Organisationsstrukturen und –abläufen mit offenen Ergebnisvorgaben und externer Begleitung.
4. Die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung, innerhalb des „Konzerns Stadt“ und mit der Zivilgesellschaft.
5. Ein aussagefähiger Vergleich zwischen Aufwand und Zielerreichung mit anderen Städten, sofern eine inhaltliche Vergleichbarkeit gegeben ist.

Auch das hier vorgeschlagene Verfahren hat sich natürlich an den Grundsätzen einer effektiven und nachhaltigen Mittelverwendung zu orientieren. D.h., dass bei all diesen Punkten stets die Frage nach Aufwand und Nutzen zu prüfen ist und dass jeweils nur die Schritte umgesetzt werden sollen, bei denen Aufwand und Nutzen in einem eindeutig positiven Verhältnis zueinander stehen.

gez. Dr. Elke Flake

Unterschrift

- FU 168 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

0800

Stst. 0800

Produkt

1.57.5711.01

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018

Überschrift

Aktives Baustellenmarketing

Beschlussvorschlag

Im Zusammenhang mit den für die kommenden Jahre geplanten Baumaßnahmen in der nordwestlichen Innenstadt (Maßnahmen City-Point und Burggasse) wird - in enger Zusammenarbeit mit dem AAI und den Investoren - ein aktives Baustellenmarketing betrieben.

Begründung

Der Arbeitsausschuss Innenstadt (AAI) hat bei einem Infoabend im Oktober die anstehenden Entwicklungen und Veränderungen im nordwestlichen Teil der Innenstadt durch die geplanten Großprojekte City-Point und Burggasse vorgestellt. Vertreter der jeweiligen Investoren präsentierten dort ihre Planungen und standen für Nachfragen zur Verfügung. Der AAI, vertreten durch seinen Vorsitzenden Olaf Jaeschke, begrüßt die geplanten Baumaßnahmen als klares Standortbekenntnis zu Braunschweig. Gleichzeitig fordert der Interessernverband der Innenstadtkaufleute "ein funktionierendes Baustellenmanagement und -marketing", welches nicht nur zentrale Ansprechpartner beinhaltet, sondern auch für eine transparente Kommunikation sorgt.

Es darf schließlich nicht vergessen werden, dass umfangreiche Baumaßnahmen auch stets für Irritationen bei Besucherinnen und Besuchern der Innenstadt sorgen und nicht dazu führen dürfen, dass die Innenstadt während der Bauphase gemieden wird. Elementar wichtig sind somit eine gebündelte Kommunikation und eine regelmäßige Abstimmung zur Koordination dieser Maßnahmen. Dies kann mit einem aktiven Baustellenmarketing gewährleistet werden.

Unterschrift

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				

Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft

	18	Transferaufwendungen															
052	1.61.6110.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen	DIE LINKE.	Einführung Kulturförderabgabe Es soll eine Kulturförderabgabe nach dem Vorbild der Stadt Köln - örtliche Aufwandssteuer bei entgeltlicher Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb in Höhe von 5% des vom Gast aufgewendeten Betrages - erhoben werden.											dauerh.	303910 Sonstige örtliche Steuern	
						+	500.000		+	500.000		+	500.000				

Teilhaushalt Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat

	18	Transferaufwendungen														
118	1.57.5711.01	Steuerungsunters. WiFö. und Stadtmark.	SPD	Fairtrade-Fonds Es wird beim Dezernat VI ein Fairtrade-Fonds eingerichtet, für den 10.000 € p. a. in den Haushalt eingestellt werden. Seit 2013 ist Braunschweig anerkannte Fairtrade-Stadt. Die lokale Steuergruppe koordiniert die weitere Entwicklung. Der gemeinnützige Verein "Fair in Braunschweig" ist von Bürgerinnen und Bürgern gegründet worden und unterstützt die Fairtrade-Bewegung aktiv. Die SPD-Fraktion regt einen Fairtrade-Fonds an in Höhe von jährlich 10.000 € zur weiteren Durchführung von Projekten und Bildungsaktivitäten in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen, Kirche usw.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+	10.000		+	10.000		+	10.000			+
156	1.57.5711.01	Steuerungsunters. WiFö. und Stadtmark.	BIBS/ P ²	Stärkung der Fairtrade-Stadt Braunschweig Zur Umsetzung des Strategischen Ziels "Weiterentwicklung der Stadt Braunschweig als zertifizierte `Fairtrade-Stadt`" werden in den Haushalt 20.000 Euro eingestellt. Die Steuerungsgruppe Fairtrade soll auf Projektantrag der Akteure dieser Stadt über die so verfügbaren Mittel entscheiden und geeignete Maßnahmen und Aktionen zur Weiterentwicklung der "Fair-Trade Stadt Braunschweig" in die Wege leiten.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+	20.000			0		0				0
160	1.57.5711.01	Steuerungsunters. WiFö. und Stadtmark.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Förderung von Fairtrade-Projekten Zur Förderung von Fairtrade-Projekten werden im Haushaltsplan 2018 20.000€ bereitgestellt. Braunschweig ist „Fairtrade-Stadt“. Sie ist 2013 dem Verein „Transfair e.V.“ beigetreten und hat sich damit verpflichtet, den fairen Handel mit nachhaltig produzierten Produkten zu unterstützen. Es gibt in der Stadt einige ehrenamtlich tätige Organisationen, die verschiedene Fairtrade-Projekte betreiben. Der Ausbau dieser Aktivitäten soll mit der Unterstützung durch Projektzuschüsse vorangetrieben werden.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+	20.000			0		0				0
119	1.57.5711.01	Steuerungsunters. WiFö. und Stadtmark.	CDU	Gründerstadt Braunschweig besser vermarkten In Braunschweig gibt es eine starke Gründer- und StartUp-Szene, doch diese wird bisher nicht ausreichend vermarktet. So wie bspw. Sport, Kunst und Kultur Werbeträger für eine Region sind, ist eine lebendige Gründerszene bzw. deren Kommunikation starkes Hilfsmittel beim Werben um kluge Köpfe. Existenzgründungen sollten daher weiter gefördert und die Vermarktung der "gründerstadt Braunschweig" intensiviert werden. In der Vorlage zur Umsetzung und Finanzierung des Innovationsinkubators (17-05564-01) war seitens der Verwaltung vorgeschlagen worden, den Existenzgründerfonds für drei Jahre komplett auszusetzen. Auch wenn bereits die Diskussion im Wirtschaftsausschuss am 27. Oktober 2017 deutlich gemacht hat, dass dieser Vorschlag nicht mehrheitsfähig ist, sollen die Mittel für den Existenzgründerfonds dennoch auf 0 Euro abgesenkt werden.										für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+	100.000		+	100.000		+	100.000			0
167 aktua- lisiert	1.57.5711.01	Steuerungsunters. WiFö. und Stadtmark.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Existenzgründerfonds erhalten Der Existenzgründerfonds soll neben der Einrichtung eines "Innovationsinkubators" weiterhin zur Verfügung stehen und zur Förderung von neuen Unternehmen dienen										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+	50.000		+	50.000		+	50.000			+

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2018 in €		2018		2019		2020		2021			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
124 aktua- lisiert	diverse		DIE LINKE.	Rasenmäherkürzungen beenden Die geplanten Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip werden beendet. Dies gilt sowohl für die von der Verwaltung vorgeschlagenen pauschalen Kürzungen, die bis 2021 auf 5 Mio. Euro pro Jahr anwachsen sollen, als auch für die pauschalen Kürzungen aufgrund des beschlossenen CDU-Antrages aus 2017. Das Haushaltsrecht ist eines der höchsten Rechte der Kommunalpolitik. Die Selbstaufgabe dieses Rechtes muss zukünftig vermieden werden. Wenn Kürzungen unausweichlich sind, dann soll der Rat konkret in jedem einzelnen Fall entscheiden.										dauerh.	diverse
							+ 1.960.300		+ 2.925.300		+ 3.780.300		+ 4.780.300		